

Wirtschaft im Wandel

1/2022

8. April 2022, 28. Jahrgang



Oliver Holtemöller **s. 03**

Die Schuldenfinanzierung höherer Militärausgaben ist Augenwischerei

M. Koetter, F. Noth **s. 04**

Aktuelle Trends: Immobilienpreise in Deutschland steigen seit Pandemiebeginn im EU-Vergleich am stärksten

M. Mertens, S. Müller **s. 06**

Die Ost-West-Produktivitätslücke: Die Rolle von Produktspezialisierung, Produktpreisunterschieden und physischer Produktivität

R. Bräuer, W.-F. Hungerland, F. Kersting **s. 10**

Handelsschocks, Arbeitsmärkte und Wohlstand während der ersten Globalisierung

Inhaltsverzeichnis

- 03** **Kommentar: Die Schuldenfinanzierung höherer Militärausgaben ist Augenwischerei**
Oliver Holtemöller

- 04** **Aktuelle Trends: Immobilienpreise in Deutschland steigen seit Pandemiebeginn
im EU-Vergleich am stärksten**
Michael Koetter, Felix Noth

- 06** **Die Ost-West-Produktivitätslücke: Die Rolle von Produktspezialisierung, Produktpreisunterschieden
und physischer Produktivität**
Matthias Mertens, Steffen Müller

- 10** **Handelsschocks, Arbeitsmärkte und Wohlstand während der ersten Globalisierung**
Richard Bräuer, Wolf-Fabian Hungerland, Felix Kersting

- 14** **Meldungen**

- 15** **Veranstaltungen**

- 16** **Publikationen**

- 18** **Diskussionspapiere**

- 19** **Pressemitteilungen**

- 20** **Das IWH in den Medien**

- 21** **Personalien**

Die Schuldenfinanzierung höherer Militärausgaben ist Augenwischerei

Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Zwischen 1960 und 1990 beliefen sich die Militärausgaben in Westdeutschland laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) auf jährlich 3,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Seit 1990 ist diese Kennziffer deutlich zurückgegangen, der Durchschnitt von 1991 bis 2020 lag für das vereinte Deutschland bei 1,3%. Dass jährlich 2% des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr für militärische Zwecke, sondern für andere Dinge ausgegeben werden konnten, wurde als Friedensdividende angesehen. Doch die geopolitische Lage hat sich mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dramatisch verändert. Russland betrachtet die militärische Eroberung von Gebieten außerhalb seiner Staatsgrenzen offenbar als legitim. Die Ausgaben für militärische Zwecke liegen in Russland bei über 4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und damit nur unwesentlich unter dem Wert der frühen 1990er Jahre. Dort hat man die Friedensdividende also niemals realisiert.

Die deutsche Bundesregierung hat angekündigt, auf die veränderte Lage durch eine massive Erhöhung der Ausgaben für militärische Zwecke auf 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu reagieren. Was sind die ökonomischen Konsequenzen dieser Entscheidung? Die Bundesregierung strebt die Finanzierung über ein „Sondervermögen“, also zusätzliche Staatsschulden außerhalb des regulären jährlichen Staatshaushalts an. Diese Finanzierungsart beeinträchtigt – zusammen mit den übrigen „Sondervermögen“ – die Transparenz der Staatsfinanzen erheblich. Anscheinend soll darüber hinweggetäuscht werden, dass mehr Militärausgaben nicht ohne Einschränkungen an anderer Stelle zu haben sind. Politikerinnen und Politiker aus fast allen Lagern betonen, die Mehrausgaben für das Militär sollen nicht zulasten der anderen öffentlichen Ausgaben, etwa im Bereich der Dekarbonisierung oder im Sozialhaushalt gehen. Ist das realistisch? Nein. Selbst wenn der Bund die angekündigten 100 Mrd. Euro für das „Sondervermögen“ vollständig am privaten Kapitalmarkt aufnimmt, stehen diese Ressourcen unter realistischen Annahmen nicht mehr in gleichem Umfang für Investitio-

nen, etwa in klimafreundliche Technologien, in privaten Unternehmen zur Verfügung.

Die Landesverteidigung ist ein öffentliches Gut und eine zentrale staatliche Aufgabe. Wenn die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, dass unter den veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen ein größerer Teil der Wirtschaftsleistung auf militärische Zwecke entfallen soll, dann sollte sie der Bevölkerung auch die reale Finanzierungslast in Form von Minderausgaben an anderer Stelle oder höheren Steuern zumuten. Die Steuerfinanzierung über das progressive Einkommensteuersystem hätte den Vorteil, dass sich die Abgaben nach der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit richten. Die Schuldenfinanzierung in Zeiten einer mit Auslaufen der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen sich ohnehin zügig normalisierenden gesamtwirtschaftlichen Auslastung dürfte hingegen Inflation und Zinsen steigen lassen. Das bedeutet tendenziell eine Umverteilung von unten nach oben, denn einkommensschwache Haushalte sind aufgrund ihrer niedrigeren Sparquote stärker von Preisanstiegen für die Ausgaben des täglichen Bedarfs betroffen, und von höheren Zinsen profitieren einkommensstarke Haushalte mit hoher Sparquote ebenfalls mehr. Gerade eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung sollte sich noch einmal überlegen, ob diese Verteilungswirkungen tatsächlich intendiert sind. 

Die Originalfassung dieses Textes unter dem Titel „Politische Augenwischerei“ erschien am 22.03.2022 in der Fuldaer Zeitung.

Aktuelle Trends: Immobilienpreise in Deutschland steigen seit Pandemiebeginn im EU-Vergleich am stärksten

Michael Koetter, Felix Noth

Bereits seit zwei Jahren warnt die Deutsche Bundesbank vor einer Überhitzung ausgewählter Immobilienmärkte in Deutschland. Auch der Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes weist einen Anstieg der Transaktionspreise für Eigentumswohnungen sowie Ein- und Mehrfamilienhäuser i. H. v. 65% im Zeitraum zwischen 2010 und 2020 aus.¹ Ein europäischer Vergleich dieser rasanten Immobilienpreisentwicklung in Deutschland ist schwierig, weil keine EU-weit harmonisierten Preisindizes vorliegen. Daher haben wir mit Hilfe automatisierter Datensammlungen monatliche Angebotspreise privat genutzter Immobilien in 17 europäischen Ländern von national führenden Internetportalen erhoben. Im europäischen Durchschnitt sind diese Angebotspreise seit Dezember 2019, also dem letzten Monat vor Beginn der Pandemie, bis zum Februar 2022 um 23,6% gestiegen. In Deutschland sind sie für den verfügbaren Zeitraum bis März 2021 um 45% gestiegen.

Die Visualisierung dieser durchschnittlichen Angebotspreise auf Ebene europäischer NUTS-3-Regionen² (vgl. Karte) offenbart eine beachtliche regionale Spreizung. Zudem haben sich seit Beginn der Pandemie die Immobilienpreise nicht nur in Ballungszentren dynamisch entwickelt. In einigen europäischen Metropolregionen stiegen die Angebotspreise nur moderat bis unterdurchschnittlich, etwa in London (29%), Paris (12%), Lissabon (18%), Berlin (17%) oder Barcelona (13%). Dagegen finden sich unter den „Top Ten“-Regionen mit den höchsten Preissteigerungsraten kleine und mittlere Städte wie Uelzen (160%) oder Lübeck (168%) ebenso wie ländliche Räume wie Nordwestmecklenburg (226%) oder der Wartburgkreis (249%). Neben diesen Anzeichen einer starken Preisdynamik auch außerhalb der Ballungszentren ist zudem beachtlich, dass nur 51 von 401 deutschen NUTS-3-Regionen, also etwa 13%, rückläufige Ange-

botspreise verzeichneten. Der Anteil regionaler Immobilienmärkte mit rückläufigen Wohnungspreisen ist in anderen EU-Ländern deutlich höher, z. B. 55% in Spanien, 47% in Frankreich oder gar 60% im Vereinigten Königreich. Ob und inwieweit nicht realisiertes Rückschlagpotenzial, also eine im Vergleich zur Entwicklung der Mieten überhöhte Steigerung der Kaufpreise und damit die Gefahr einer platzenden Preisblase, in deutschen Immobilienmärkten existiert, wird zu beobachten sein. 



Professor Michael Koetter, Ph.D.

Stellvertretender Präsident, Leiter der Abteilung Finanzmärkte

Michael.Koetter@iwh-halle.de



Professor Dr. Felix Noth

Stellvertretender Leiter der Abteilung Finanzmärkte

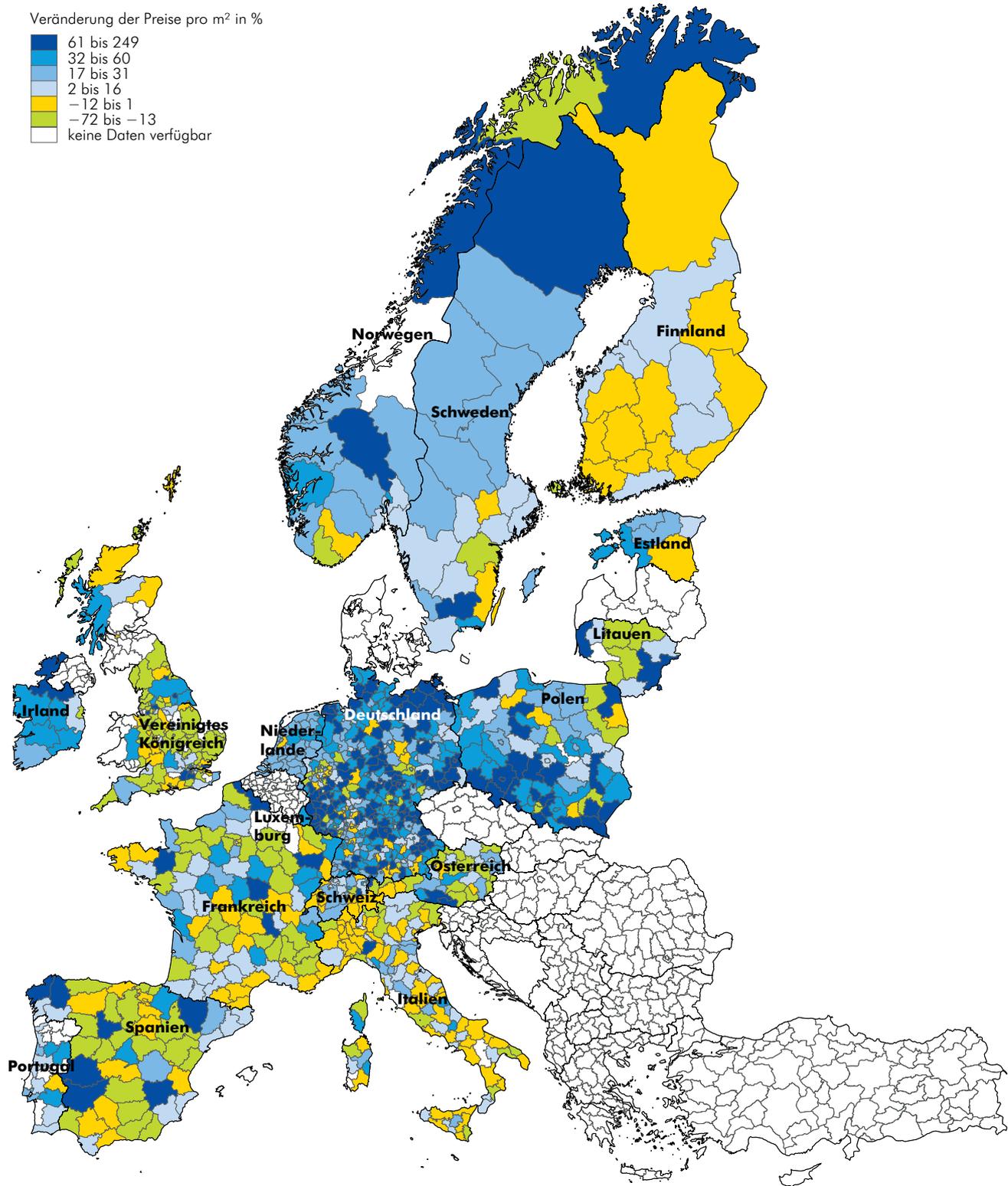
Felix.Noth@iwh-halle.de

¹ Vgl. *Destatis*: Häuserpreisindex, Preisindex für Bauland: Deutschland. *Genesis online*, Tabelle 61262-0001, Stand: 31.03.2022.

² Die Bevölkerungszahl von NUTS-3-Regionen liegt generell zwischen 150 000 und 800 000 Einwohnern. NUTS-3 entspricht in Deutschland den Kreisen und kreisfreien Städten. Vgl. hierzu *Destatis*: *NUTS-Klassifikation*, abgerufen am 31.03.2022.

Entwicklung der Preise für Wohnimmobilien im europäischen Vergleich seit Beginn der Pandemie

- Veränderung der auf Internetportalen angebotenen Verkaufspreise für Wohnimmobilien von Dezember 2019 bis Januar 2022*, in % -



* Daten für Frankreich und das Vereinigte Königreich sind ab Juni 2020 und für Deutschland bis März 2021 verfügbar.

Quellen: Internetportale; Recherche und Darstellung des IWH.

Die Ost-West-Produktivitätslücke: Die Rolle von Produktspezialisierung, Produktpreisunterschieden und physischer Produktivität

Matthias Mertens, Steffen Müller

Auch 30 Jahre nach der Deutschen Vereinigung erreicht die ostdeutsche Wirtschaft nur 82% der westdeutschen Arbeitsproduktivität. Dieser Unterschied in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität steht in engem Zusammenhang mit vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, denen Ostdeutschland heute gegenübersteht. Auf Basis differenzierter Daten zu den einzelnen Produkten, die Firmen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe herstellen, untersuchen wir in diesem Beitrag, wie sich ost- und westdeutsche Firmen bezüglich Produktspezialisierung, Produktpreisen und technischer Effizienz unterscheiden. Wir zeigen auf, dass der Osten – entgegen der Hypothese der „verlängerten Werkbank“ – nicht aufgrund einer Spezialisierung auf Vorprodukte weniger produktiv als der Westen ist. Obwohl Ostprodukte zu deutlich geringeren Preisen verkauft werden, können auch Preisunterschiede zwischen Ost- und Westfirmen den Produktivitätsrückstand nicht erklären. Stattdessen sind Faktoren, welche die physische Produktivität (technische Effizienz) von Unternehmen beeinflussen, entscheidend, um den Produktivitätsrückstand auf Unternehmensebene zu erklären.

JEL-Klassifikation: D24, L2, L11, O47

Schlagwörter: Ost-West-Produktivitätsunterschiede, Produktpreise, Produktspezialisierung, technische Effizienz

Auch 30 Jahre nach der Deutschen Vereinigung ist Ostdeutschland durch eine deutlich schwächere Wirtschaftsleistung als der Westen Deutschlands gekennzeichnet. Dies wird am einfachsten deutlich, wenn man die aggregierte Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung pro Erwerbstätigen) des Ostens im Verhältnis zum Westen betrachtet (vgl. Abbildung). In den ersten Jahren nach der Vereinigung war ein historisch beispielloser Aufholprozess des Ostens zu beobachten. Seit Ende der 1990er Jahre verlangsamte sich die Konvergenz in der aggregierten Produktivität erheblich, sodass selbst heute, 30 Jahre nach der Vereinigung, die ostdeutsche Arbeitsproduktivität um knapp 20% unter dem westdeutschen Produktivitätsniveau liegt. Die Gründe für diesen Rückstand sind Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, die sich allerdings häufig auf aggregierte Daten stützen.¹ Dies beschränkt die Analysemöglichkeiten dieser Studien zwangsläufig, da nur mit Mikrodaten der Firmenebene detaillierte Unterschiede in den Produktionsprozessen individueller Firmen betrachtet werden

können. In diesem Beitrag fassen wir Ergebnisse aus einer aktuellen Studie zusammen, in der wir Firmenproduktdaten für das Verarbeitende Gewerbe nutzen, die sich durch einen ungewöhnlich hohen Detailgrad auszeichnen.² Dies erlaubt es uns, erstmals empirisch zu testen, wie firmenspezifische Produktspezialisierung und Produktpreise die Produktivität von Firmen in Ost- und Westdeutschland beeinflussen.

Definition von aggregierter Produktivität

Die Literatur debattiert eine Vielzahl von möglichen Gründen für den Produktivitätsrückstand des Ostens. Um diese zu verstehen, ist es sinnvoll, die Definition von aggregierter (Arbeits-)Produktivität genauer zu betrachten.

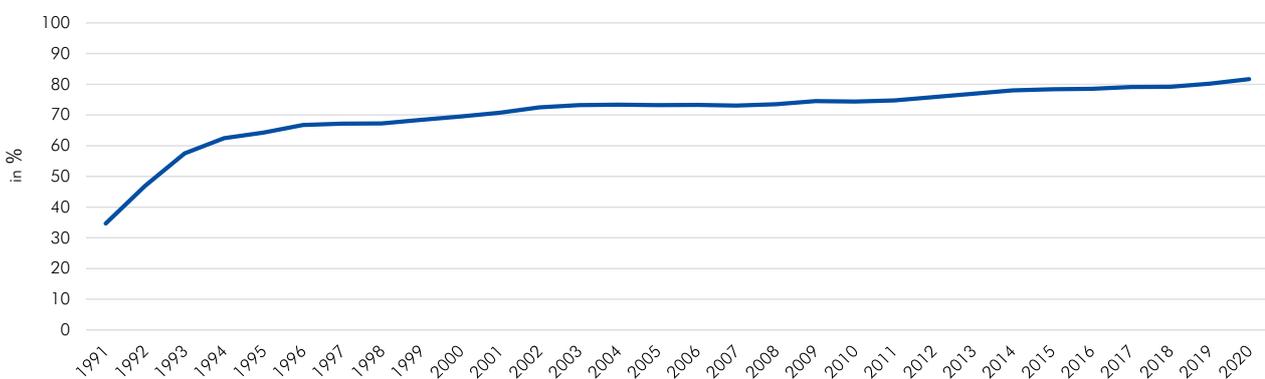
Aggregierte Produktivität ist definiert als der Quotient aus gesamter Produktion, oder gesamter Wertschöpfung, und gesamtem Produktionsinputeinsatz. In einem Idealfall würde man zur Ermittlung der physischen Produktivität, definiert als eine technische Effizienz, physische Produktionsfaktoren in Relation

1 Vgl. etwa *Snowder, D. J.; Merkl, C.*: The Caring Hand that Cripples: The East German Labor Market after Reunification, in: *American Economic Review*, Vol. 96 (2), 2006, 375-382, sowie *Burda, M. C.; Hunt, J.*: From Reunification to Economic Integration: Productivity and the Labor Market in Eastern Germany. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2/2001. Washington, DC 2001.

2 Dieser Beitrag basiert auf *Mertens, M.; Müller, S.*: The East-West German Gap in Revenue Productivity: Just a Tale of Output Prices? *IWH Discussion Papers 14/2020*, Halle (Saale) 2020, sowie *Müller, S.*: Der Ost-West-Produktivitätsunterschied: Was sagt die mikroökonomische Forschung?, in: *Wirtschaftsdienst*, Vol. 101 (suppl. 1), 2021, 21-25.

Abbildung**Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland**

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, Westdeutschland = 100



Anmerkung: Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

zu physischen Outputmengen setzen. Dies ist allerdings praktisch kaum möglich, da sich physische Produkte und zum Teil physische Inputfaktoren nicht aggregieren lassen (beispielsweise lässt sich eine Anzahl von Autos nicht mit einer Kilogramm-Menge an Nahrungsmitteln zu einer Gesamtgröße zusammenfassen). Darüber hinaus ist der Wert – und nicht die bloße Menge – der Produktion bei gegebenem Produktionsfaktoreinsatz häufig die entscheidendere Kennzahl für eine Vielzahl von Marktergebnissen (z. B. für die Löhne).

In der Praxis werden daher aggregierte Produktivitätsmaße verwendet, die den aggregierten Output als Produkt aus produzierter Menge und Verkaufspreis definieren. Auf der Inputseite wird der Arbeitsinput klassischerweise in physischen Stunden oder der Anzahl von Arbeitern gemessen, während der Kapital- und gegebenenfalls Vorleistungsinput in preisbereinigten Werteneinheiten gemessen wird.

Betrachten wir die Produktivitätslücke in der Abbildung, so kann diese darauf zurückzuführen sein, dass Ostunternehmen mit einem gegebenen Arbeitsinput weniger physische Mengen produzieren, und/oder darauf, dass sie diese Mengen zu geringeren Preisen verkaufen (beispielsweise, weil Ostprodukte für Konsumenten einen niedrigeren Wert besitzen).

Preise, Produktspezialisierung und die verlängerte Werkbank

Eine weit verbreitete These zur Erklärung der Ost-West-Produktivitätslücke besagt, dass die ostdeutsche Industrie weniger produktiv ist, weil sie sich, zumindest

in nennenswertem Ausmaß, mit der Rolle des Produzenten standardisierter Massenware als Zulieferer für westdeutsche Unternehmen zufriedengibt. Dadurch bliebe ostdeutschen Produzenten der Weg versperrt, durch die Herstellung diversifizierter Güter höhere Preise zu erzielen, was sich wiederum direkt in der mit Preisen bewerteten Produktivität niederschlägt. Ein (hypothetisches) Beispiel hierfür könnte die Herstellung des Reißverschlusses als Vorprodukt für eine hochwertige, in Westdeutschland gefertigte Outdoorjacke sein.

Diese These der „verlängerten Werkbank“ wird häufig als eine Art Residualerklärung verwendet, nachdem andere Ursachen für die Produktivitätslücke bereits ausgeschlossen oder herausgerechnet wurden. Das Fehlen von Zentralen von Großkonzernen mit den oft dort angesiedelten Marketing- und Entwicklungsabteilungen und das niedrige Niveau privater Forschungs- und Entwicklungsausgaben stützen die Hypothese der verlängerten Werkbank.³ Eine alternative Hypothese ist, dass der Osten für die gleichen Produkte nur einen geringeren Preis erzielen kann. Um beim Beispiel der Outdoorjacke zu bleiben: In diesem Fall würden Ost- und Westfirmen beide eine Outdoorjacke herstellen, doch die Ostfirmen würden für ihre Jacke geringere Preise erzielen, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass die Jacke der Ostunternehmen aus Sicht der Konsumenten

3 Vgl. Paqué, K.-H.: *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*. Hanser: München 2009.

Tabelle

Produktklassifikation im deutschen Verarbeitenden Gewerbe

WZ2003	GP-Produktnummer	Beschreibung
18		Bekleidungsindustrie
1821		Arbeits- und Berufsbekleidung
	182112410	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. Ä. Hosen) aus Baumwolle
	182112510	Latzhosen aus Baumwolle
	182112550	Latzhosen aus Chemiefasern
27		Metallerzeugung und -bearbeitung
2743		Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn
	274312300	Zink, in Rohform, raffiniert
	274311300	Blei, in Rohform, raffiniert
	274311500	Blei, in Rohform, mit Antimon

Quelle: AfID-Daten der amtlichen Statistik. Verwendete Daten: AfID-Panel Produkte. Darstellung des IWH.

einen geringeren Nutzen stiftet (etwa aufgrund von Markennamen oder Qualitätsunterschieden) und sie daher weniger zu zahlen bereit sind.

Sollte ein Produktivitätsrückstand jedoch weder auf Unterschiede in der Position innerhalb der Wertschöpfungskette (These der verlängerten Werkbank) noch auf Unterschiede in den Produktpreisen für gegebene Produktklassen zurückzuführen sein, dann bleibt als Erklärung für den Produktivitätsrückstand auf Unternehmensebene nur eine geringere physische Produktivität von Ostfirmen (z. B. aufgrund von geringerer Managementqualität). Sprich, in diesem Fall würden Ostfirmen zu einem gegebenen Verkaufspreis, für ein gegebenes Produkt und mit einem gegebenen Inputeinsatz geringere Mengen produzieren.

Im Folgenden betrachten wir diese Möglichkeiten anhand detaillierter Mikrodaten für das deutsche Verarbeitende Gewerbe.

Hypothese 1: Verlängerte Werkbank

Sollte ein Produktivitätsrückstand tatsächlich daraus resultieren, dass Ost- und Westunternehmen Produkte an unterschiedlichen Positionen der Wertschöpfungskette herstellen, so müsste sich der Produktivitätsunterschied zwischen Ost- und Westunternehmen, zumindest in einer nennenswerten Größenordnung,

verringern, wenn wir Unternehmen vergleichen, die ausschließlich ähnliche, an der gleichen Position in der Wertschöpfungskette angesiedelte Produkte herstellen.

Anhand unserer Mikrodaten für das Verarbeitende Gewerbe können wir dies testen. Die Tabelle zeigt den Detailgrad unserer Daten, welche die Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in ca. 6 000 verschiedene Produktkategorien unterteilen. Vergleichen wir den Unterschied in der Produktivität zwischen Ost- und Westfirmen, nachdem wir ausschließlich Firmen innerhalb dieser fein definierten Produktkategorien vergleichen, so finden wir, dass dies nahezu keinen Einfluss auf den Produktivitätsunterschied besitzt: Der mittlere Produktivitätsrückstand auf Firmenebene für die Jahre 1999 bis 2014 beträgt unabhängig davon, ob wir für Produktkategorien kontrollieren, ca. 25% im Wertschöpfungskonzept bzw. 8% nach dem Umsatzkonzept.⁴ Sprich, die Hypothese der verlängerten Werkbank kann die Ost-West-Produktivitätslücke nicht erklären. Dies ist unser erstes Hauptergebnis.

⁴ Beim Umsatzkonzept wird die Gesamtproduktion zum Gesamteinsatz aller Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit, Vorleistungen) ins Verhältnis gesetzt. Beim Wertschöpfungskonzept setzen wir die Gesamtwertschöpfung ins Verhältnis zum Einsatz von Kapital und Arbeit.

Hypothese 2: Preisunterschiede innerhalb gleicher Produktkategorien

Wenn die Produktivitätsunterschiede nicht durch die Hypothese der verlängerten Werkbank erklärt werden können, spielen dann Preisunterschiede innerhalb der gleichen Produktkategorien eine Rolle? In der Tat finden wir, dass 70% aller 10-Steller-Produkte im Verarbeitenden Gewerbe niedriger bepreist sind, wenn sie von einem Ostunternehmen hergestellt werden. Es existieren also deutliche Preisunterschiede zwischen Ost- und Westprodukten, auch wenn diese aus der gleichen, fein definierten Produktklasse stammen.

Bevor wir jedoch die Beziehung zwischen diesen Preisunterschieden und der Produktivitätslücke diskutieren, sind einige theoretische Vorüberlegungen zu den Ursachen von Outputpreisunterschieden angebracht.

Ein wesentlicher Aspekt ist, dass Industriegüter, wie wir sie betrachten, grundsätzlich überregional handelbar sind und dass somit ostdeutsche Produzenten grundsätzlich die gleichen Konsumenten und Märkte bedienen können, die auch der westdeutschen Konkurrenz offenstehen. Somit scheiden lokale Kaufkraftunterschiede als Ursache für Preisunterschiede aus. Waren in den Jahren nach der Vereinigung das Wissen um und die Kontakte zu überregionalen Kunden beim ostdeutschen Management naturgemäß noch begrenzt, so kann dies Jahrzehnte nach der Einheit keine plausible Erklärung mehr sein. Preisunterschiede auf integrierten Märkten spiegeln also Unterschiede im Nutzen wider, den die Konsumenten Produkten beimessen. Diese Nutzenunterschiede können objektiv aufgrund der Beschaffenheit der Produkte oder aufgrund von Reputationsunterschieden (z. B. Markennamen) bestehen.

In unserer Studie zeigen wir in einem ersten Schritt durch Schätzungen physischer Produktionsfunktionen, also Schätzungen, in denen die physische Outputmenge erklärt wird, dass ostdeutsche Produzenten bei gleichen Inputkosten etwa 20% mehr Güter herstellen als ihre westdeutsche Konkurrenz. Somit stellt das durchschnittliche ostdeutsche Industrieunternehmen in der Tat mehr Güter zu niedrigeren Verkaufspreisen her, was auf die Produktion von einfacherer Massenware hindeutet.

Vergleicht man in einem zweiten Schritt allerdings ost- und westdeutsche Produzenten, die bei gleicher Größe und bei gleichem Ressourceneinsatz das gleiche Produkt für den gleichen Preis produzieren, sind ostdeutsche Produzenten weniger produktiv als westdeutsche Unternehmen. Quantitativ ist dabei der Produktivitätsrückstand des Ostens selbst nach Konstanzhaltung all dieser Faktoren nahezu unverändert. Da diese Ana-

lyse das Preissegment der Produkte und die Produkte selbst fixiert und ostdeutsche Unternehmen weiterhin weniger produktiv als westdeutsche Unternehmen sind, können Outputpreisunterschiede keine Erklärung für den Produktivitätsrückstand des Ostens auf Unternehmensebene sein.⁵

Schlussfolgerungen

Da Unterschiede in Produktpreisen und Produktspezialisierung die Ost-West-Produktivitätslücke nicht erklären können, deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass Faktoren, welche die physische Produktivität von Firmen beeinflussen, entscheidend für die Erklärung der Produktivitätslücke sind.

Natürlich stellt sich damit die eigentliche Frage noch immer: Warum besitzen ostdeutsche Produzenten eine geringere Produktivität? Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich, ähnlich wie im Aggregat, die Produktivitätslücke und die Preisunterschiede auf Unternehmensebene seit den 2000er Jahren nur leicht reduziert haben. Theoretisch mögliche Erklärungsansätze sind langfristig bestehende Unterschiede in der Managementqualität oder der Qualität der Produktionsfaktoren sowie historisch gewachsene Vorteile des Westens, bspw. hinsichtlich Reputation und Markennamen. Es ist uns innerhalb unserer Studie nicht möglich, all diese Hypothesen zu testen. Einige unserer Ergebnisse legen jedoch nahe, dass der Westen noch immer einen wichtigen Reputationsvorsprung bei vielen Gütern besitzt. Dies bedeutet, dass Ostfirmen ein hohes Maß an Investitionen in ihre Reputation vornehmen müssten, um im Wettbewerb mit Westfirmen mithalten zu können. 

⁵ Preis- und Produktivitätsunterschiede sinken im Zeitverlauf.



Dr. Matthias Mertens

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Matthias.Mertens@iwh-halle.de



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Handelsschocks, Arbeitsmärkte und Wohlstand während der ersten Globalisierung

Richard Bräuer, Wolf-Fabian Hungerland, Felix Kersting

Dieser Beitrag untersucht Deutschland in der ersten Globalisierung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Damals erlebte das Deutsche Reich eine massive Zunahme von Getreideimporten aus Amerika. Wir vergleichen Landkreise, die auf die importierten Getreidesorten spezialisiert waren, mit Kreisen, die andere landwirtschaftliche Güter hergestellt haben. Unsere Resultate zeigen, dass viele Arbeitskräfte die Kreise verlassen, in denen vom Handelsschock betroffene Produkte hergestellt wurden. Allerdings bleiben die in modernen Volkswirtschaften beobachteten negativen Effekte auf Einkommen pro Kopf und Sterblichkeit aus, auch eine politische Radikalisierung findet nicht statt. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass die Migrationsbewegungen negative wirtschaftliche und in der Folge auch politische Auswirkungen abfedern. Damals verließen etwa viermal so viele Einwohner ihren Landkreis nach einem Handelsschock wie in vergleichbaren Situationen in den heutigen USA.

JEL-Klassifikation: F14, F16, F66, F68, N13, R12

Schlagwörter: Handelsschocks, Importe, lokale Arbeitsmärkte, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands

Globalisierungsschübe gehören zu den wichtigsten Treibern von Strukturwandel, weil neue ausländische Produkte einheimische Firmen teilweise verdrängen und sich im Gegenzug Exportmöglichkeiten auftun. In der Wirtschaftswissenschaft dominierte lange die Ansicht, dass Arbeitsmärkte die notwendige Neuverteilung der Arbeitskräfte zügig vermitteln können und schnell ein (zumindest im Durchschnitt) positives Ergebnis erreichen.¹

Die Arbeiten von *Autor et al.* rückten die Verlierer solcher Globalisierungsschübe mehr ins Zentrum der Analyse.² Sie konnten zeigen, dass US-amerikanische Beschäftigte in den von chinesischen Importen betroffenen Branchen deutliche und langanhaltende Einkommensausfälle erleiden und die betroffenen Regionen noch Jahrzehnte nach dem ursprünglichen Schock deutlich ärmer sind. Damit einher gehen politische Polarisierung, eine erhöhte Sterblichkeit, teilweise verursacht durch Alkohol- und Drogenmissbrauch, und viele andere negative Effekte, die weit über den ökonomischen Bereich hinausgehen. Aber wie verallgemeinerbar sind diese Effekte? Handelt es sich um ein spezifisch amerikanisches Phänomen? Für die heutige Zeit liegen inzwischen auch

für eine Reihe von anderen Industrieländern ähnliche Ergebnisse vor (in Deutschland wurde der Effekt allerdings abgefedert durch den gleichzeitig stattfindenden Exportboom). Trotzdem ist immer noch ungeklärt, was diese langanhaltenden Probleme verursacht.

Wir gehen diese Frage aus einer historischen Perspektive an und untersuchen einen ähnlichen Schock in der Vergangenheit: Wir betrachten das Deutsche Kaiserreich.³ Deutschland befand sich in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg mitten in der „zweiten Industrialisierung“, getragen durch die Sektoren Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik. Parallel machte die Verbreitung von Eisenbahn und Dampfschiff auch den Handel verhältnismäßig geringwertiger Fracht profitabel. Folglich wuchsen die Getreideimporte aus den USA und Argentinien und drückten die Preise auf dem deutschen Markt.

Von diesem Handelsschock waren besonders die Landkreise betroffen, die sich überwiegend auf Getreideanbau verließen. Dagegen waren Landkreise, die z. B. auf Gemüseanbau oder Tierproduktion spezialisiert waren, kaum betroffen und bilden damit die „Kontrollgruppe“ für unsere Analyse. Wir konzentrieren uns in unserer Untersuchung auf die Jahre 1880 bis 1913 und auf Preußen, den größten

1 Blanchard, O. J.; Katz, L. F.: Regional Evolutions, in: *Brookings Papers on Economic Activity*, Vol. 1992 (1), 1992, 1–75.

2 Autor, D. H.; Dorn, D.; Hanson, G. H.: The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States, in: *American Economic Review*, Vol. 103 (6), 2013, 2121–2168.

3 Dieser Artikel basiert auf Bräuer, R.; Hungerland, W.-F.; Kersting, F.: Trade Shocks, Labour Markets and Elections in the First Globalisation. *IWH-CompNet Discussion Papers 4/2021*. Halle (Saale) 2021.

Teilstaat des Deutschen Reiches. Für Preußen sind bessere Daten verfügbar als für die anderen Bundesstaaten.

Unsere Ergebnisse fallen anders aus als jene für moderne Industrieländer: Das Kaiserreich war anscheinend deutlich besser darin, den wirtschaftlichen Schock zügig in Strukturwandel zu übersetzen. Wir finden eine etwa viermal höhere Emigration aus den betroffenen Kreisen als heutzutage, aber keine langanhaltenden negativen Effekte in diesen Kreisen, weder bei ökonomischen noch bei politischen oder gesundheitlichen Variablen. Damit legt unser Beitrag nahe, dass die negativen Effekte von Globalisierungsschocks durch höhere Arbeitsmigration aufgefangen werden können und dementsprechend kein zwangsläufiges Ergebnis von Weltmarktintegration sind.

Handelspolitik im Kaiserreich

Während die Landwirtschaft in Deutschland heute wirtschaftlich nur noch eine geringe Rolle spielt (Beschäftigungsanteil im Jahr 2021: 1,2%), waren im Zensusjahr 1882 43% der deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (vgl. Karte 1). Bis zum Zensusjahr 1907 fiel dieser Anteil auf 35%. Die Interessen des Agrarsektors vertraten in der kaiserlichen

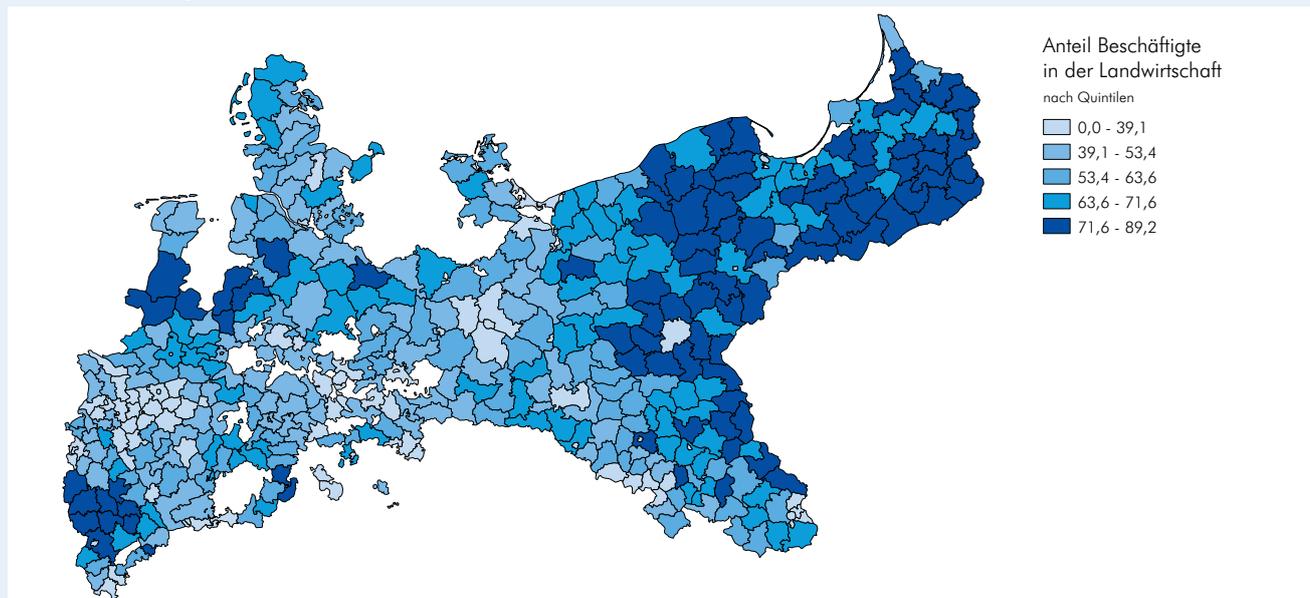
Bürokratie gut vernetzte Gruppen wie das „Bündnis von Roggen und Eisen“ oder der „Bund der Landwirte“. Parlamentarischer Arm dieser Bewegung war die Konservative Partei, die an mehreren Regierungen beteiligt war. Auch Kanzler Bismarck hatte ein offenes Ohr für seinesgleichen – die Junker – und die Interessen des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. 1879 gelang es der konservativen Bewegung, die Zölle im Kaiserreich ungefähr auf das in Europa übliche Niveau anzuheben. Das konnte die Integration in den Weltmarkt allerdings nicht wesentlich aufhalten. Für Wähler, die sich vor Importen schützen wollten, war die Konservative Partei die naheliegende Adresse.

Die Arbeiter im industriell geprägten Westen Deutschlands und in der Metropole Berlin waren die großen Getreidekonsumenten des Kaiserreichs. Organisiert in der Arbeiterbewegung und der SPD, waren sie in vieler Hinsicht der Antipol zu den Konservativen und Junkern. Dazwischen standen die bürgerlichen Parteien (geteilt in die konservativeren Nationalliberalen und die kleineren Linksliberalen) und das Zentrum, die Partei der im protestantischen Preußen manchmal verfolgten und manchmal tolerierten Katholiken. Die Position dieser Parteien zu Protektionismus oder Freihandel war weniger eindeutig.

Karte 1

Beschäftigte in der Landwirtschaft in Preußen im Jahr 1882

Anteile in %, nach Quintilen



Anmerkung: Die Karte zeigt den Anteil der Landwirtschaft an der arbeitenden Bevölkerung in Preußen. Dunkelblaue Regionen sind besonders auf die Landwirtschaft spezialisiert (Stand 1882).

Quellen: Kaiserliches Statistisches Amt (Statistik des Deutschen Reichs) und Königlich Statistisches Bureau (Preussische Statistik); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Identifikation des Handelsschocks

Wir schätzen den Effekt des Handelsschocks auf Einkommen, Beschäftigung, Sterblichkeit und den politischen Erfolg protektionistischer, rechter und linker Parteien. Hierzu vergleichen wir Kreise in derselben Provinz (z. B. in Ostpreußen, Schlesien oder Westfalen), die aber unterschiedliche Nutzpflanzen anbauten und deshalb unterschiedlich stark von den Importen betroffen waren. Wir nehmen an, dass sich die Getreide anbauenden Kreise ohne Handelsschock ähnlich entwickelt hätten wie ihre Nachbarn. Falls sich also ein z. B. Weizen oder Ölsaaten anbauender Landkreis schlechter entwickelt als die ihn umgebenden, z. B. auf Gemüseanbau spezialisierten Kreise, führen wir diesen Unterschied auf den Handelsschock zurück (vgl. Karte 2).

Um sicherzugehen, dass die Unterschiede zwischen diesen Kreisen auf den Handelsschock zurückzuführen sind, nutzen wir eine so genannte Instrumentalvariable: Falls sich z. B. die Zollpolitik des Kaiserreichs als Antwort auf den Handelsdruck ändert, wäre die Höhe des Schocks von den Betroffenen „selbst gewählt“ und damit nicht mehr ein zufällig von außen kommendes Ereignis. Um solche Probleme zu umgehen, müssen wir den Handels-

schock bestimmen, der „von außen“ nach Deutschland kommt und nicht durch die deutsche Politik moderiert wird.

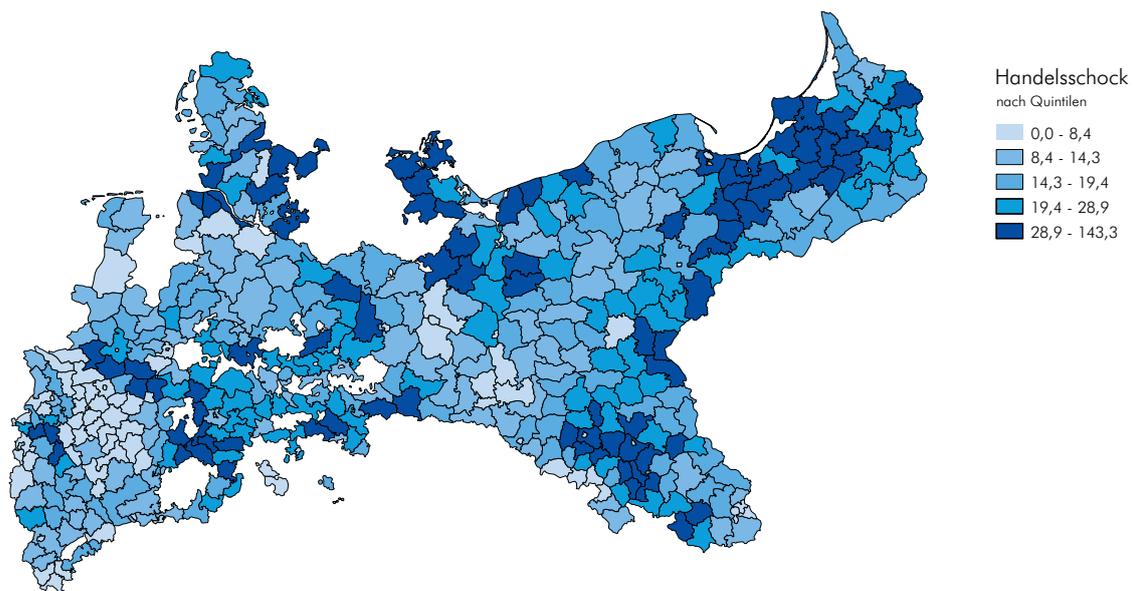
Um die Bedingungen auf dem Weltmarkt zu ermitteln, nutzen wir zwei verschiedene Techniken: Einmal berechnen wir den Handelsschock für die verschiedenen Getreide nicht mit den deutschen Daten, sondern mit Importdaten des Königreichs Italien aus der gleichen Zeit. Die Getreideimporte nach Italien sind weitgehend unabhängig von denen nach Deutschland, und ein größerer Unterschied zwischen den beiden Maßen würde darauf hindeuten, dass Deutschland erheblichen Gestaltungsspielraum während des Schocks hatte. Als zweites Instrument nutzen wir die Getreidepreise in anderen Teilen der Welt (USA und Großbritannien), die sich dem Einfluss der deutschen Politik ebenfalls entzogen.

Um darüber hinaus auszuschließen, dass die Effekte von anderen Unterschieden zwischen den Landkreisen herrühren, sammeln wir Daten zur Nähe zur nächsten Großstadt, Vermögens- bzw. Landbesitz-Ungleichheit und dem Technologiestand gemessen anhand der installierten Dampfmaschinen (in Pferdestärken). Den Effekt dieser Kontrollvariablen rechnen wir aus dem Ergebnis heraus.

Karte 2

Handelsschock durch Getreideimporte

nach Quintilen



Anmerkung: Die Karte zeigt die Stärke des Handelsschocks 1895-1910 für alle preußischen Landkreise. Dunkelblaue Regionen sind besonders hart getroffen. Aber selbst in Getreideanbauregionen wie Ostpreußen gibt es deutlich weniger betroffene Kreise.

Quellen: Kaiserliches Statistisches Amt (Statistik des Deutschen Reichs) und Königlich Statistisches Bureau (Preussische Statistik); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Auswirkungen des Handelsschocks

Unabhängig davon, welche dieser verschiedenen Techniken wir verwenden, bleiben die Ergebnisse im Wesentlichen die gleichen. Das gibt uns zusätzliche Sicherheit, die Effekte richtig identifiziert zu haben. Im Einzelnen finden wir in betroffenen Kreisen:

- ▣ einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung,
- ▣ eine deutliche Zunahme der Emigration,
- ▣ eine schrumpfende Wirtschaftsleistung,
- ▣ keine Veränderung des Durchschnittseinkommens,
- ▣ keine Veränderung der Tagelöhne,
- ▣ keine Veränderung der Sterblichkeit,
- ▣ keine Stärkung protektionistischer Parteien,
- ▣ keine Stärkung der extremen Rechten.

Damit unterscheiden sich die Auswirkungen deutlich von denen, die heute in Industrieländern beobachtet werden können: Typischerweise sieht man heute nach Handelsschocks weniger Abwanderung aus den betroffenen Landkreisen, aber deutlich sinkende Löhne und eine Bevölkerung, die sich politisch polarisiert. Sogar erhöhte Sterblichkeit ist schon nachgewiesen worden. Wir gehen davon aus, dass der Unterschied durch die deutlich höhere Mobilität der Arbeitskräfte zu erklären ist: Die von uns gemessenen Werte sind etwa viermal so hoch wie jene, die man für die USA nach Handelsschocks mit der gleichen Methodik finden kann. Dahinter steckt teilweise auch die ohnehin stattfindende Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die expandierenden Industrien in den Städten. So war für die meisten der neuen Jobs in der Industrie keine Berufsausbildung und kein spezifisches Wissen von Nöten. Dazu kommen institutionelle Faktoren, die Migration erforderlich machten: Die Arbeitslosenversicherung und andere Hilfen waren wesentlich weniger ausgeprägt.

Was bedeutet dies für die Politik?

Unsere Ergebnisse unterstreichen, dass Arbeitsmobilität entscheidend ist, um die auch heute immer wieder auftretenden Weltmarktschocks in den betroffenen Regionen abzufedern. Die Kosten der Mobilität

sind heute jedoch höher als zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs: Einerseits stellen neue Jobs höhere Anforderungen an die spezifische Qualifikation der Beschäftigten, andererseits verfügen die Menschen über mehr lokalen Besitz und sind sozial besser abgesichert – sie haben durch einen Umzug mehr zu verlieren. Für die Politik besteht die Herausforderung darin, den nötigen Strukturwandel zu erleichtern, indem sie die Mobilitätskosten für die Betroffenen verringert. Neben direkten Hilfen zum Umzug ist dabei ein besseres Ausbildungs- und Umschulungssystem ein wichtiger Ansatz. ▣



Richard Bräuer, Ph.D.

IWH, Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Richard.Braeuer@iwh-halle.de



Wolf-Fabian Hungerland, Ph.D.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

w.f.hungerland@gmail.com



Felix Kersting, Ph.D.

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte

f.kersting@hu-berlin.de

Meldungen



Ukraine

Das IWH unterstützt die [Stellungnahme der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen](#), die den Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilt, sich mit den Forschenden in der Ukraine solidarisiert und empfiehlt, die wissenschaftlichen Beziehungen zu Russland einzufrieren. Die Expertise des IWH zur Beurteilung der ökonomischen Folgen des Krieges und der Sanktionen gegen Russland (Energiepreise, SWIFT-Ausschluss, Investitionszurückhaltung) [wird stark nachgefragt](#). Der Krieg prägt auch die IWH-Frühjahrsprognose [„Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft“](#).



Lamfalussy Research Fellowship 2021

[Isabella Müller](#) und [Eleonora Sfrappini](#) wurden von der Europäischen Zentralbank für ihr gemeinsames Forschungsprojekt „Climate Change Regulatory Risks and Bank Lending“ (erscheint in Kürze als [EZB Working Paper](#)) als Lamfalussy Fellows des Jahres 2021 ausgewählt. Das [Lamfalussy Fellowship Programm](#) fördert exzellente Forschung zur Struktur, Integration und Leistungsfähigkeit des Europäischen Finanzsystems. Das Stipendium ist mit 10 000 Euro ausgestattet.



Podcasts

IWH-Vizepräsident [Oliver Holtemöller](#) sprach im [Wissenschafts-Podcast omega tau](#) mit Markus Völter über [Modellierung in den Wirtschaftswissenschaften](#).

Im [MDR-Podcast „Die Wirtschaftsprüfer“](#) erschienen diese neuen Folgen: „20 Jahre Euro-Bargeld – eine Bilanz“ (1. Januar), „Wie sicher ist die Rente?“ (19. Januar), „Arm trotz Arbeit – Was hilft gegen niedrige Löhne?“ (1. Februar), „Wirtschaftssanktionen – Kann man Russland damit beeindruckten?“ (15. Februar), „Wie stark treibt Putin unsere Preise?“ (2. März), „Krieg statt Klimawende? Was bleibt vom Aufbruch der Ampel?“ (16. März), „Wie sehr hängen wir an China?“ (30. März).

Veranstaltungen



UPCOMING: Donnerstag, 5. und Freitag, 6. Mai 2022,
Leopoldina, Halle (Saale)

2nd FINPRO Conference „Finance and Productivity During and After the Lock-Down“

Jointly organised by CompNet, EBRD and IWH, the conference seeks to understand the role of financial systems to channel fiscal and monetary stimulus policies to combat the economic fallout of COVID-19 and how to facilitate a sustainable allocation of economic resources in a post-lockdown world.

Keynote-Speaker: [Thomas Philippon](#) (Stern School of Business, New York University), [Ufuk Akcigit](#) (University of Chicago and IWH).



UPCOMING: Montag, 29. und Dienstag, 30. August 2022,
IWH, Halle (Saale)

8th IWH-FIN-FIRE Workshop on „Challenges to Financial Stability“

The IWH is organising a workshop on „Challenges to Financial Stability“ to be held in Halle (Saale). We aim to attract excellent papers that analyse whether and how financial sector regulation changes, the resulting impact on financial stability, and the associated consequences for the real sector.

Keynote Speaker: [Gordon Phillips](#) (Tuck School of Business at Dartmouth).



UPCOMING: Mittwoch, 14. und Donnerstag, 15. September 2022, EIB, Luxemburg

11th CompNet-EIB-ENRI Annual Conference „Productivity Growth, Climate Change and Digitalization in the Aftermath of the Pandemic Shock“

Slow productivity growth, declining labor shares, inequality, falling investment rates, and declines in business dynamism – these secular trends present challenges to market economies and raise questions about the nature of competition, and the ability of economies to innovate, adjust and respond to the challenges ahead.

Veranstaltungen



Dienstag, 1. März 2022, IWH, Halle (Saale)

IWH-TransferTagung „Wirtschaft nach Corona – Was tun für den Ausstieg aus dem Krisenmodus?“

Im Rahmen seiner jährlichen Transferkonferenz lud das IWH Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis ein, ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt standen die Rolle von Insolvenzen als Indikator der Corona-Krise und die Frage nach Rückwegen aus dem ökonomischen Krisenmodus in den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsalltag. Eröffnungsvortrag: [Katja Hessel, MdB](#).

Publikationen

The Review of Financial Studies

Bank Concentration and Product Market Competition

F. Saidi, Daniel Streitz

>>This paper documents a link between bank concentration and markups in nonfinancial sectors. We exploit concentration-increasing bank mergers and variation in banks' market shares across industries and show that higher credit concentration is associated with higher markups and that high-market-share lenders charge lower loan rates. ...<<

Industrial Relations

Worker Participation in Decision-making, Worker Sorting, and Firm Performance

Steffen Müller, Georg Neuschäffer

>>Worker participation in decision-making is often associated with high-wage and high-productivity firm strategies. Using linked employer-employee data for Germany and worker fixed effects from a two-way fixed-effects model of wages capturing observed and unobserved worker quality, we find that plants with formal worker participation via works councils indeed employ higher quality workers. ...<<

European Journal of Marketing

Executives with Customer Experience and Firm Performance in the B2B Context

Y. Fang, C. Feng, Iftekhar Hasan, J. Sun

>>This paper aims to examine the presence of an executive with customer experience (ECE) in a supplier firm's top management team. The empirical analysis uses a sample of 1,974 firm-year observations with 489 unique supplier firms. The main finding is that ECE presence improves firm performance. ...<<

Publikationen

International Review of Financial Analysis

The Real Impact of Ratings-based Capital Rules on the Finance-Growth Nexus

Iftekhar Hasan, G. Hassan, S.-J. Kim, E. Wu

>>We investigate whether ratings-based capital regulation has affected the finance-growth nexus via a foreign credit channel. Using quarterly data on real GDP growth and cross-border bank lending flows from G-10 to 67 recipient countries, we find that since the implementation of Basel 2, risk weight reductions mapped to sovereign credit rating upgrades have stimulated short-term economic growth in investment grade recipients but hampered growth in non-investment grade recipients. ...<<

International Review of Financial Analysis

Global Equity Offerings and Access to Domestic Loan Market: U.S. Evidence

Iftekhar Hasan, H. Wang, D. Yin, J. Zhang

>>This study examines whether and to what extent global equity offerings at the IPO stage may affect issuing firms' ability to borrow in the domestic debt market. Tracking bank loans taken by U.S. IPO firms in the domestic syndicated loan market, we observe that global equity offering firms experience more favorable loan price than that offered to their domestic counterparts. ...<<

Journal of Banking & Finance

The Nexus Between Loan Portfolio Size and Volatility: Does Bank Capital Regulation Matter?

F. Bremus, Melina Ludolph

>>This paper analyses the effects of bank capital regulation on the link between bank size and volatility. Using bank-level data for 27 advanced economies over the 2000-2014 period, we estimate a power law that relates the volume of a bank's loan portfolio to the volatility of loan growth. Our analysis reveals, first, that more stringent capital regulation weakens the size-volatility nexus. ...<<

Journal of Population Economics

Names and Behavior in a War

S. Jurajda, Dejan Kovač

>>We implement a novel empirical strategy for measuring and studying a strong form of nationalism – the willingness to fight and die in a war for national independence – using name choices corresponding to a previous war leader. Based on data on almost half a million soldiers, we first show that having been given a first name synonymous with the leader(s) of the Croatian state during World War II predicts volunteering for service in the 1991-1995 Croatian war of independence and dying during the conflict. ...<<

Review of Economic Dynamics

Why is Unemployment so Countercyclical?

L. J. Christiano, M. S. Eichenbaum, Mathias Trabandt

>>We argue that wage inertia plays a pivotal role in allowing empirically plausible variants of the standard search and matching model to account for the large countercyclical response of unemployment to shocks. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2022

The Adverse Effect of Contingent Convertible Bonds on Bank Stability

Melina Ludolph

IWH-Diskussionspapiere Nr. 2/2022

Firm Subsidies, Financial Intermediation, and Bank Risk

Aleksandr Kazakov, Michael Koetter, Mirko Titze, Lena Tonzer

IWH-Diskussionspapiere Nr. 3/2022

Stress-ridden Finance and Growth Losses: Does Financial Development Break the Link?

S. Martínez-Jaramillo, R. Montañez-Enríquez, Matias Ossandon Busch, M. Ramos-Francia, A. Rodríguez-Martínez, J. M. Sánchez-Martínez

IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2022

Banking Deregulation and Consumption of Home Durables

H. Evren Damar, I. Lange, C. McKennie, M. Moro

IWH-Diskussionspapiere Nr. 5/2022

How Does Economic Policy Uncertainty Affect Corporate Debt Maturity?

Xiang Li

IWH-Diskussionspapiere Nr. 6/2022

The Role of State-owned Banks in Crises: Evidence from German Banks During COVID-19

Xiang Li

IWH-Diskussionspapiere Nr. 7/2022

Globalisation, Productivity Growth, and Labour Compensation

C. Dreger, Marius Fourné, Oliver Holtemöller

IWH-Diskussionspapiere Nr. 8/2022

The Effects of Sovereign Risk: A High Frequency Identification Based on News Ticker Data

Ruben Staffa

IWH-Diskussionspapiere Nr. 9/2022

The Impact of Active Aggregate Demand on Utilisation-adjusted TFP

K. Gantert

IWH-Diskussionspapiere Nr. 10/2022

The (Heterogenous) Economic Effects of Private Equity Buyouts

S. J. Davis, J. Haltiwanger, K. Handley, J. Lerner, B. Lipsius, Javier Miranda

IWH-Diskussionspapiere Nr. 11/2022

Exposure to Conflict, Migrations and Long-run Education and Income Inequality: Evidence from Bosnia and Herzegovina

A. Efendic, Dejan Kovač, J. N. Shapiro

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 12/2022

The Impact of Financial Transaction Taxes on Stock Markets: Short-run Effects, Long-run Effects, and Reallocation of Trading Activity

S. Eichfelder, M. Noack, Felix Noth

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 1/2022

IWH-Insolvenztrend: Keine Insolvenzwelle trotz Omikron

>>Nach historischen Tiefstständen ist die Anzahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Dieser Trend hat sich im Dezember fortgesetzt, und auch die Zahl der betroffenen Jobs ist gestiegen. Für die nächsten beiden Monate ist trotz erwarteter Omikronwelle nicht mit einer Insolvenzwelle zu rechnen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 2/2022

Investitionen, Auslastungsgrad und öffentliche Finanzen in der mittleren Frist: Implikationen des Zweiten Nachtragshaushalts 2021

>>Die Bundesregierung plant, mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2021 dem Energie- und Klimafonds eine Rücklage in Höhe von 60 Mrd. Euro zuzuführen. Die Mittel sollen auch die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten der Pandemie verringern. Nach der Mittelfristprojektion des IWH dürften die beabsichtigten Mehrausgaben auf dem Höhepunkt ihrer Wirksamkeit im Jahr 2024 die Produktion um etwa 0,5% steigern. ...<<

IWH-Pressemitteilung 3/2022

IWH-Insolvenztrend: Insolvenzzahlen im Januar im Jahresvergleich nochmals gefallen

>>Nachdem die Anzahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in den vergangenen Monaten kontinuierlich gestiegen war, zeigt sich im Januar ein Rückgang. Auch die Zahl der betroffenen Jobs ist zurückgegangen. Für die nächsten Monate ist nicht mit einer Insolvenzwelle zu rechnen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 5/2022

IWH-Insolvenztrend: Insolvenzgeschehen bleibt im Februar ruhig

>>Die Anzahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften liegt im Februar auf dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Zahl der betroffenen Jobs ist weiter gering, zeigt die aktuelle Analyse des IWH. Etwaige Auswirkungen des Angriffs Russlands auf die Ukraine werden nicht vor April in den Insolvenzzahlen sichtbar sein. ...<<

IWH-Pressemitteilung 6/2022

Konjunktur aktuell: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft

>>Der Ukraine-Krieg Russlands trifft die deutsche Wirtschaft vor allem über einen Energiepreisschock, aber auch über die Unterbrechung von Handelsströmen und über eine allgemeine Verunsicherung. Zugleich erhält die Konjunktur aber von der Aufhebung vieler Pandemie-Restriktionen einen kräftigen Schub. ...<<

Das IWH in den Medien

Michael Koetter: Interview: „[Kreditinstitute: Weitere Sparkassen vor der Fusion](#)“
in: tagesschau.de vom 21.02.2022

Michael Koetter: Interview: „[Löchrige Sanktionen: Putins Geschäfte mit dem Westen](#)“
in: ARD Monitor vom 03.03.2022

Oliver Holtemöller: Interview: „[Die russische Wirtschaft ist so gut wie am Ende](#)“
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.03.2022

Oliver Holtemöller: Interview: „[Chip, Chip hurra! Produzieren in Deutschland](#)“
in: hr2 Kultur „Der Tag“ vom 21.03.2022 (ab Minute 07:35)

Oliver Holtemöller: Gastbeitrag: „[Wer trägt die Kosten der Energiewende?](#)“
in: WIRTSCHAFT + MARKT vom 21.03.2022

Steffen Müller: Gastbeitrag: „[Die stille Insolvenzwelle](#)“
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.03.2022

Personalien



[Vera Wolter](#) ist seit Januar 2022 Referentin des IWH-Vorstands. Sie studierte Internationales Management an der [Staatlichen Berufsakademie Plauen](#) und ist ausgebildete Fremdsprachenkorrespondentin.



Seit März 2022 verstärkt [Melanie Große Homann](#) als Bürokauffrau den Servicebereich Verwaltung.

Nachruf

Dr. Manfred Wegner,
Gründungspräsident des IWH

Der Gründungspräsident des IWH, Manfred Wegner, verstarb am 19. September 2021 im Alter von 90 Jahren in München. Anfang der 1990er Jahre gelang es ihm, das IWH als neues Wirtschaftsforschungsinstitut in Ostdeutschland zu etablieren. Das IWH wird sich stets mit großer Wertschätzung an ihn erinnern. Wir würdigen seine Verdienste um den Aufbau des Instituts in einem [Nachruf](#).





Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © daniel eledut – unsplash.com
Wirtschaft im Wandel, 28. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. April 2022

ISSN 2194-2129